

Statement

(Es gilt das gesprochene Wort!)

20. Januar 2026

Stefan Körzell

Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstands des DGB

Statement zur Jahrespressekonferenz 2026

Berlin, 20. Januar 2026

Meine Damen und Herren,
in diesem Jahr verhandeln wir Tarifverträge für 10 Millionen Beschäftigte. Das ist eine riesige Chance – denn starke Tarifverträge stärken die wirtschaftliche Kraft unseres Landes. Wenn die Menschen mehr Geld in der Tasche haben, geben sie es aus. Das kurbelt unsere Binnennachfrage an. Das sichert Arbeitsplätze, wie es das Statistische Bundesamt erst am Donnerstag bestätigt hat. Das heißt: Tarifpolitik ist Wirtschaftspolitik.

Wir brauchen endlich bezahlbare Strompreise. Davon profitieren alle: Haushalte sparen Geld, Unternehmen bleiben wettbewerbsfähig, und die Energiewende kommt voran. Wir begrüßen, dass die Bundesregierung einiges auf den Weg gebracht hat – denken Sie nur an die Senkung der Netzentgelte und die abgeschaffte Gasumlage. Aber das reicht noch nicht.

Zwar ist mittlerweile klar, dass ein vergünstigter Industriestrompreis rückwirkend zum 1. Januar dieses Jahres kommen soll. Das ist gut, aber es bleiben viele Fragen offen: Der jetzige Vorschlag ist bis 2028 begrenzt. Zudem ist unklar, ob der Industriestrompreis zusätzlich zur Strompreiskompensation gewährt wird. Wir fordern eine wirksame Entlastung, die Planungssicherheit für die nächsten 10 Jahre schafft: Ohne wettbewerbsfähige Strompreise droht eine massive Abwanderung der Industrie und damit der Verlust zehntausender gut bezahlter Arbeitsplätze.

Tarifbindung: Wir brauchen endlich Taten statt Worte

Auch für bessere Löhne kann und muss die Politik mehr tun: Deutschland liegt weit unter dem europäischen Ziel von 80 Prozent Tarifbindung. Die Bundesregierung verspricht im Koalitionsvertrag zwar Abhilfe zu schaffen – nur passiert ist bislang wenig. Den Aktionsplan, den die Europäische Mindestlohnrichtlinie vorschreibt, hat die Regierung bis heute nicht geliefert. Seit Ende 2025 ist er überfällig. Das ist eine klare Vertragsverletzung.

Dabei liegen die Lösungen für eine flächendeckende Tarifbindung auf dem Tisch: Wir brauchen eine leichtere Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen. Wir als Gewerkschaften brauchen digitalen Zugang in die Betriebe. Und wir fordern einen ambitionierten Aktionsplan, der alle zwei Jahre evaluiert wird.

Zentra list hier auch das Bundestariftreuegesetz: Das lässt weiter auf sich warten, obwohl es seit August 2025 einen Kabinettsbeschluss gibt. Die Unionsfraktion blockiert hier den Fortschritt. Es kann doch nicht sein, dass wir ein Sondervermögen von 500 Milliarden Euro auflegen und uns nicht darum kümmern, dass die Beschäftigten, die am Ende die Straßen, Schulen und Schienen bauen, anständig bezahlt werden! Öffentliche Gelder dürfen nicht länger Lohndumping subventionieren. Wir wollen, dass tarifgebundene Unternehmen im Wettbewerb um öffentliche Aufträge eine faire Chance haben. Dieses Gesetz belohnt ehrliches Unternehmertum.

Investitionen: Wir brauchen eine echte Reform der Schuldenbremse

Damit komme ich zum zweiten großen Thema: den Investitionen. Auch hier steht ein entscheidendes Jahr bevor. Wir haben jetzt ein Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaschutz. Wir haben einen unbegrenzten Verschuldungsspielraum für Verteidigung – das will ich inhaltlich nicht bewerten. Aber: Ein entscheidender Teil des Kompromisses war doch, dass es bis Ende 2025 eine echte, eine wirksame Reform der Schuldenbremse geben sollte. Davon sind wir noch meilenweit entfernt!

Wer einen Haushalt lesen kann, weiß: Der finanzielle Druck steigt in den kommenden Jahren. Wenn die Regierung das Spiel von 2025 weiterspielt und beim Sozialstaat die Axt anlegt, dann geht uns der gesellschaftliche Zusammenhalt endgültig verloren. Deshalb brauchen wir eine echte Reform der Schuldenbremse – eine, für die es eine Verfassungsmehrheit braucht. Und wenn es dafür die Linke

braucht, dann ist das so. Da muss die Union über ihren Schatten springen. Investitionen erzeugen zusätzliches Wirtschaftswachstum, sie schaffen höhere Produktionskapazitäten, sie sichern Arbeitsplätze hier im Land.

Gerechte Verteilung: Schluss mit der Reichenpflege

Neben zusätzlichem Kreditspielraum brauchen wir aber auch eine Steuerreform. Für mehr Gerechtigkeit – und um weitere Einnahmen zu generieren. Wir schauen zu Beginn dieses Jahres deshalb vor allem nach Karlsruhe. Das Bundesverfassungsgericht hat sein Urteil zur Erbschaftssteuer angekündigt.

Die Ausnahmen für Betriebsvermögen bei der Erbschaftsteuer sind Jahr für Jahr die größte Steuersubvention im Subventionsbericht der Bundesregierung. Wir haben das hochgerechnet: Seit 2016 summiert sich dieser Betrag auf 79 Milliarden Euro. Diese Summe schenken wir als Gesellschaft bislang einer wohlhabenden Unternehmerschicht. Eine derartige Reichenpflege können wir uns in diesen Zeiten knapper Kassen nicht mehr leisten.

Es geht bei der Erbschaftsteuer keinesfalls um Omas vererbtes Häuschen. Wir als Gesellschaft müssen uns die Frage stellen, ob wir uns von ultrareichen Unternehmerfamilien weiterhin für dumm verkaufen lassen. Die Lösung ist klar: Diese Subvention muss weg. Wir brauchen keine Flat Tax, wie die Union sie vorschlägt. Wir müssen einfach die Verschonungsbedarfsprüfung streichen. Oder anders gesagt: Wer leistungsloses Vermögen erbt, soll dafür einen gerechten Anteil Steuern zahlen.

Vielen Dank!